



“Am Ende des Weges zur europäischen Solidarität wird klarerweise auch eine nukleare Solidarität stehen.”

(Jean François-Poncet, ehemaliger französischer Außenminister, Jänner 1992)

Bundesheer in eine EG-Atomstreitmacht?

Zwei EG-Staaten sind atomar bewaffnet. Die maßgeblichen EG-Politiker stellen die Weichen zu einer gesamteuropäischen Atommacht. Soll das neutrale Österreich über kurz oder lang militärische Geheimhaltung, europäische Atomwaffentests, atomaren “Warenverkehr” und Uranbeschaffung in der Dritten Welt moralisch und finanziell mittragen?

Wir kommen fast im Wortsinn zum “Hauptkriegsschauplatz”. Für Verteidigungsminister Fasslabend, Vizekanzler Busek, hohe österreichische Militärs, Ex-Außenminister Jankowitsch, aber auch für EG-Kritiker(?) Haider, lautet die Parole: “Hinein in die westeuropäische Verteidigungsallianz” und/oder in die NATO. Letztere ist ein Atommitärbündnis, erstere soll und wird ein solches werden. Die Weichen dafür sind unübersehbar gestellt. Und Österreich steht vor der Perspektive: Aus dem Status “immerwährender Neutralität” sozusagen über Nacht hineinzuspringen in ein europäisches Atommitärbündnis. Teil einer Großmacht und Atommacht Europa zu werden.

Die Weichen sind gestellt?

Bei den “Rencontres internationales pour l’Europe” Anfang 1992 vollzog Frankreichs Staatspräsident Mitterrand eine entscheidende Abkehr von der gaullistischen Nukleardoktrin. Erstmals sprach ein französischer Regierungschef davon, die französische Atomstreitmacht in das geplante europäische Sicherheitsbündnis einzubringen. Der französische Ex-Außenminister J. François-Poncet erklärte beim selben Anlaß: “Am Ende des Weges zur europäischen Solidarität wird klarerweise auch eine nukleare

Solidarität stehen.”¹ Die Politische Union, die Österreichs derzeitige Regierungspolitiker ebenso fraglos akzeptieren wie die anderen Teile des Vertrags von Maastricht, ist für den mächtigsten Mann in der EG, Kommissionspräsident Jacques Delors, ein logischer Baustein auf dem

„Unbezwingbar wie ein Tiger mit Flügeln“
China will Militärgigant werden
Großes Aufrüstungsprogramm / Umfangreiche Importe
Im Gesamtwert von fünf Milliarden Dollar
Türkei plant große Rüstungsprojekte
Für 1993 Abwehrsystem und Flugzeugmodernisierung vorgesehen

(SZ, 9. und 10. Februar 1993)

Die Auflösung des Ostblocks wird als Grund für die Aufgabe von Österreichs traditioneller Neutralität herangezogen. Ist angesichts des wahrscheinlichen Entstehens neuer Blöcke (fernöstl. Block; islam. Block) und Konfliktzonen die Existenz wenigstens einiger neutraler Staaten, die mit allen “können”, nicht wichtiger denn je? Oder zumindest kein schlechterer Sicherheitsgarant als die Einbindung in eine europäische Großstreitmacht und als die geplante österreichische Aufrüstung um mindestens 36 Milliarden Schilling?

1) Le Monde, 12.1.1992.



Auch EG-Kommissionspräsident J. DELORS tritt für eine baldige EG-Atombewaffnung ein.

Weg zu einer gemeinschaftlichen europäischen Atomstreitmacht. Bei denselben "Internationalen Begegnungen" fragte er sich laut, "warum man nicht eines Tages, wenn es eine sehr starke Europäische Union gibt, dieser politischen Autorität die Atomwaffe übertragen sollte".

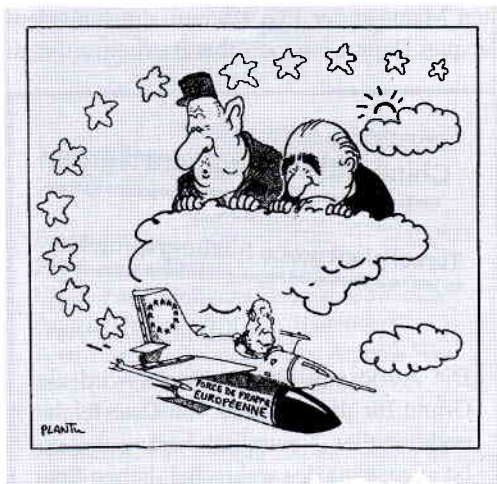
Und rasch wird die Sache konkret zwischen den beiden Nuklearmächten innerhalb der EG, die zwangsläufig die Keimzelle jener Nuklearmacht Europa bilden würden, die offenbar vielen vorschwebt: "FRANKREICH SCHLÄGT

BRITEN ATOMAREKOOPERATION VOR" (SZ, 3.10.1992). Auch für den neuen Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr, General Klaus Dieter Naumann, ist in einem Spiegel-Interview (Der Spiegel 42/91) das neue Europa "auf Atomwaffen angewiesen". Daß es sich



Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Dieter Naumann: "Auf Atomwaffen angewiesen" (Foto: Der Spiegel 42/91)

hiebei nicht "nur" um eine Zusammenfassung der französischen und der britischen Atomstreitmacht handelt, sondern um eine europäische unter europäischem Oberkommando, macht u.a. der französische Armeegeneral Michel Fennebresque deutlich. Bezeichnenderweise tut er dies in einem Artikel in Le Figaro vom 4. September 1992, in dem er nachdrücklich für



Der französische Staatspräsident Mitterrand steuert einen Düsenjäger mit EG-Sternenkranz, der eine Atombombe mit der Aufschrift "Europäische Atomstreitmacht" trägt. Er bringt das französische Atompotential in die Europäische Gemeinschaft ein – ein Souveränitätsverzicht, der für die skeptisch bis entsetzt aus dem Jenseits herabschauenden früheren Präsidenten De Gaulle und Pompidou nie in Frage gekommen wäre. (Karikatur: Le Monde, 12.1.1992)



(Le Figaro, 4.9.1992)

ein "Ja" der Franzosen zu Maastricht eintritt. Für ihn "steht fest, daß ein französisches 'Nein' zum Vertrag von Maastricht" noch "ärgere Auswirkungen" auf die gemeinsame europäische Verteidigung hätte als das Scheitern diesbezüglicher Pläne (Plan Fouchet) in den 50er und 60er Jahren. Unter dem Titel "Hin zu einer gemeinsamen Verteidigung" sagt General Fennebresque: "Europa ist dichter bevölkert und reicher als die USA. Um eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen, muß es über eine militärische Kapazität gleicher Größe (wie die USA)

Befürchtung auf einer SPD-Fachtagung:

EG öffnet Waffenexporteuren das Tor

Strenge deutsche Kontrollgesetze verlieren 1993 ihre Wirkung

Politiker von SPD und FDP gegen Billig-Version des „Jäger 90“

„Eurofighter 2000“ unter Beschuß

Matthäus-Maier: Ein Flugzeug so teuer wie 1000 Sozialwohnungen

(SZ, 12.10.1991)

Man braucht gar nicht an die Atombewaffnung zu denken. Auch der „ganz normale“ Rüstungsalltag läßt in hohem Maße bezweifeln, ob solche militärischen Strukturen wirklich in letzter Konsequenz friedensstiftend wirken, oder nicht eher destabilisierend. Ist es wirklich sicherheitsfördernd, Wohnungen zu Tausenden für einen einzigen neuen Typ Kampfflugzeug zu opfern? (Zweifelhafter) Sicherheitsgewinn nach außen um den Preis von sozialem Sprengstoff im Innern?

verfügen.“ Und dazu gehört bekanntlich ein riesiges atomares Potential. Dies sind die Visionen maßgeblicher Entscheidungsträger in der Europäischen Gemeinschaft. Dies ist die Hauptbedeutung des Begriffes „Solidarität“ in der EG-Neusprache. Da man sich auch hinsichtlich dieser „solidarité nucléaire“, die Jean François-Poncet „am Ende des Weges“ heraufkommen sieht, natürlich „nicht die Rosinen herauspicken kann“, wie österreichische Politiker richtig betonen, stellen sich unter anderem folgende Fragen aus dem EG-Fragenkatalog der österreichischen Umweltorganisationen an die Bundesregierung mit größter Eindringlichkeit:

● **Können Sie ausschließen, daß Österreich im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (WEU oder Nachfolgeorganisation) je für militärisch atomare Belange (Atomrüstung, -forschung, Infrastrukturen u.ä.) finanzielle, personelle oder andere Beiträge zu leisten hätte?**

● **Wie sollte sich nach Ihrer Ansicht Österreich im Falle eines Beitritts zum europäischen Verteidigungsbündnis zu Frankreichs Atomtests im Pazifik stellen? Und wie zur Erzeugung von atomarem Brennstoff für europäische Atomsprengköpfe in Europas Diensten?**

Denn wie soll das zusammenpassen: Einerseits versichert man Vertreter der atomtestgeschädigten Polynesier oder uraniumbergbaugeschädigter Eingeborenenvölker in Afrika oder Australien (woher Frankreichs, Englands – das hieße dann: Europas – Uranbrennstoff vorwiegend kommt) der österreichischen Solidarität. Wie zB Salzburgs Landeshauptmann Hans Katschthaler dies am World Uranium Hearing im September 1992 in Salzburg getan hat. Und zur selben Zeit trägt man diesen Kurs in Richtung atomare Großmacht Europa mit! Sind diese Visionen von Europa auf längere Sicht wirklich friedensstiftend, sicherheitsfördernd? Eine

Von der Pariser zur EG-Nukleardoktrin Europa unter einem französischen Atomschirm?

François Mitterrand rührt an einem Tabu der Grande Nation

(Die Presse, 20.1.1992)

“30 Jahre Erfahrung mit Euratom – Die Geburt eines atomaren Europa”*

Brüssel 1988, Seiten 8-9

Aus dem Vorwort von Admiral Pierre Lacoste, Präsident der Fondation pour les Etudes de Défense Nationale und einer der höchsten französischen Militärs.

“[...] Wird Europa seine Ängste und Aberglauben überwinden können und fähig sein, auf dem Weg der Einheit hin zu einer völligen Beherrschung der Kernenergie fortzuschreiten? In ihrer militärischen Form ist sie zweifellos berufen, noch auf Jahre hinaus eine unersetzliche Rolle zu spielen, indem sie jeglichen potentiellen Aggressor daran hindert, einen bewaffneten Konflikt in Europa zu beginnen. In ihrer industriellen Form vermag sie uns den Zugang zu unerschöpflicher Energie zu garantieren – die oberste Voraussetzung für Entwicklung und Wohlstand und damit für den Frieden.”

*) Olivier Pirotte et al.: Trente ans d'expérience Euratom – La naissance d'une Europe nucléaire. Bruylant, Bruxelles 1988.

Frage, die an alle österreichischen EG-Beitrittsbetreiber zu stellen ist, die Österreichs antiatomaren Status – im zivilen und erst recht im militärischen Bereich – zu respektieren und zu hüten behaupten.

Jene Politiker, die diese Frage vielleicht “entrüstet” zurückweisen, sollten zuvor vielleicht achtsam die Worte des französischen Admirals Pierre Lacoste zum 30jährigen Euratom-Jubiläum lesen. (Siehe Kasten) Und sie haben zu sagen, wie und wann sie von der EG Absicherungen gegen eben diese Perspektiven verlangen werden, “erhandeln” werden.

Auch oder gerade jene Politiker, die die “Weish-Raschauer-Initiative” (1988-90) unterschrieben haben: eine Initiative zur Verschärfung und Erweiterung des österreichischen Atomsperrgesetzes, das 1978 nach dem Zwentendorf-Nein beschlossen wurde. Der von Umweltwissenschaftler Peter Weish und dem Rechtsprofessor Bernd Raschauer entworfene Text eines Verfassungsgesetzes sah in §2 vor: “§2. Die Republik wird keinen Bündnissen beitreten und keine Abkommen schließen, die die Nutzung der Kernenergie für die im §1 genannten Zwecke (militärische und energetische Nutzung) fördern oder erleichtern.”¹⁾ Die damaligen Unterschriften österreichischer Politiker unter diesen Gesetzesvorschlag liegen vor. SPÖ-Generalsekretär Josef Cap wußte vermutlich gar nicht, wie recht er hatte, als er vor einem “Zwentendorf-Effekt”²⁾ in der EG-Debatte warnte...

1) Auf Bundesebene unterzeichneten etwa die Hälfte der FPÖ- und alle Grünen-Abgeordneten den Gesetzesvorschlag; die ganz große Mehrheit der SPÖ- und ÖVP-Parlamentarier nicht. – Vgl. Anhang, S. 71.

2) Arbeiterzeitung, 1.4.1989.